

Teusch, Friedhelm

Article — Digitized Version

Unternehmenskonzentration und Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Teusch, Friedhelm (1976) : Unternehmenskonzentration und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 4, pp. 185-190

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134937>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unternehmenskonzentration und Wirtschaftspolitik

Friedhelm Teusch, Frankfurt

In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Konzentration in der Bundesrepublik weiter verstärkt. Welchen Einfluß hat die Konzentration auf den ordnungspolitischen Rahmen der Wirtschaftspolitik, auf die wirtschaftspolitischen Ziele und auf das wirtschaftspolitische Instrumentarium?

Die Beziehungen zwischen der Unternehmenskonzentration und der Wirtschaftspolitik sind für den Rahmen, die Ziele und die Mittel des wirtschaftspolitischen Handelns von erheblicher Bedeutung. Grundsätzlich ergibt sich nämlich die Frage, inwieweit es Konzentrationsvorgänge im Unternehmensbereich erschweren oder erleichtern, den Wirtschaftsablauf zielgerichtet zu beeinflussen¹⁾. Dabei wird unter *Wirtschaftspolitik* die Globalsteuerung verstanden, die von der Struktur-, der Regional- und der Arbeitsmarktpolitik ergänzt und flankiert wird. Unternehmenskonzentration liegt vor, wenn Unternehmen als Anbieter auf den Gütermärkten „Marktmacht“ *haben und nutzen*: „Marktmacht *haben*“ heißt, die Preisrelationen zu den eigenen Gunsten beeinflussen zu können; Marktmacht *nutzen* bedeutet, dem Preis- und Verteilungsautomatismus des Marktes durch organisierten Verteilungskampf entgegenzuwirken²⁾. Außerdem wird angenommen, daß, wie die Praxis auch zeigt, die Konzentration zunimmt³⁾.

Die Zusammenhänge zwischen Konzentration und Wirtschaftspolitik beschränken sich auf die Probleme, die sich für eine auf die *Verstetigung* des Konjunkturverlaufs abzielende Politik ergeben. Zu den Zielen der Wirtschaftspolitik wird zwar die Verstetigung des Konjunkturverlaufs nicht ausdrücklich gerechnet. Es zeigt sich jedoch mehr und mehr, daß eine gleichzeitige Realisierung der vier wirtschaftspolitischen Hauptziele bei stetigem

1) Vgl. Kartellbericht 1971/BT-Drucksache VI/3570 v. 19. Juni 1972, S. 11.

2) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1972/73, Ziff. 468.

3) Vgl. Kartellbericht 1974/BT-Drucksache VII/3791, S. 28/29, wo für den Zeitraum 1962-1972 allgemein steigende Konzentrationsverhältnisse nachgewiesen werden.

Konjunkturverlauf besser gelingt als bei stärkeren Zyklen, die zunehmend intensivere Eingriffe verlangen: „Die Verstetigung des Wirtschaftsablaufs, das Ausscheiden aus einem Prozeß starker zyklischer Schwankungen, in welchem die Probleme von heute immer auch schon die Probleme von morgen in sich tragen, läßt sich gleichsam als ein gemeinsames Element aller großen Ziele der Konjunkturpolitik kennzeichnen“⁴⁾. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen Konzentration und Wirtschaftspolitik muß sich daher den Fragen zuwenden, wie die Konzentration

- den ordnungspolitischen Rahmen der Wirtschaftspolitik,
- die wirtschaftspolitischen Ziele und
- das wirtschaftspolitische Instrumentarium beeinflusst.

Unterhöhnung des Preiswettbewerbs

Die Kenntnisse über Ausmaß und Trend der Konzentration sowie ihre Ursachen sind noch immer unzureichend. Seit der Konzentrationsenquôte Anfang der sechziger Jahre hat es keine umfassende praktische Erforschung dieses Gebietes mehr gegeben⁵⁾. Immerhin veröffentlicht das Bundeskartellamt jedes Jahr einen Bericht über seine Tätigkeit⁶⁾ und teilt darin Zahlen über die Unternehmenskonzentration in der deutschen Wirtschaft mit. Nach den letzten Angaben des Bundeskartellamtes hat der „stark nach oben gerichtete Trend der wirtschaftlichen Konzentration“⁷⁾ in den letzten Jahren nicht nur angehalten, sondern sich stellenweise sogar verstärkt, und zwar insbesondere in Form der horizontalen Konzentration (vgl. Tabelle).

Die fortschreitende Vermachtung der Gütermärkte hat für das marktwirtschaftliche System insofern

4) Sachverständigenrat . . . , a. a. O., Ziff. 367.

5) Konzentrationsenquôte, BT-Drucksache IV/2310 (1964).

6) Zuletzt: BT-Drucksache VII/3791 (für das Jahr 1974).

7) BT-Drucksachen VI/3570 v. 19. Juni 1972, S. 7, 7/2250 v. 14. 6. 1974, S. 11 ff., und 7/3791, S. 28/29.

Friedhelm Teusch, 38, Dipl.-Volkswirt, ist Leiter des Vorstandssekretariats der Landeszentralbank in Hessen (Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank), Frankfurt a. M.

Bedeutung, als sie vor allem ihr konstituierendes Element, den (Preis-) Wettbewerb, unterhöhlt. In der Tat vertreten Wissenschaft und Praxis überwiegend die Meinung, daß Konzentration – aus welchen Gründen auch immer sie auftritt – den freien Wettbewerb und damit auch alle seine

sich eine Konjunkturpolitik, die den Wettbewerb „als staatliche Aufgabe von hohem Rang“⁹⁾ sieht, um so mehr angelegen sein lassen, Konzentrationstendenzen entgegenzutreten.

Entwicklung der Unternehmenskonzentration in der deutschen Wirtschaft 1968 bis 1974

– Unternehmenszusammenschlüsse (nach § 23 GWB) –

Jahr	Insgesamt	darunter: „große“ Zusammenschlüsse ¹⁾ (bis 1973)				anteilige Bilanzsumme der erworbenen Unternehmen ²⁾ (Mill. DM)
		insgesamt ²⁾	horizontal ³⁾	vertikal	Konglomerat	
1968	65	16	7	1	8	1178
1969	168	54	30	1	23	7113
1970	305	83	56	–	27	5439
1971	220	49	30	–	19	2883
1972	269	62	33	3	26	4512
1973	243	57	36	1	20	4460
1974	318	..	235	50	33	...

¹⁾ „Große“ Zusammenschlüsse sind solche, bei denen das erworbene Unternehmen eine Bilanzsumme ab 25 Mill. DM hat.

²⁾ Ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

³⁾ Ein horizontaler Zusammenschluß (ohne Produktausweitung) liegt vor, wenn das erworbene Unternehmen auf den gleichen Märkten tätig ist wie der Erwerber (Beispiel: Brauerei erwirbt Brauerei).

Wirkungen beeinträchtigt⁸⁾. Wettbewerb mißt dabei nicht allein Preiswettbewerb, sondern umfaßt auch andere Formen der Konkurrenz (Produktgestaltung, Lieferzeit, technisches Know-how etc.). Die Konzentration bewirkt vor allem, daß der Preiswettbewerb an Funktionsfähigkeit einbüßt, der Preis seine Funktion als Knappheitsindikator verliert, die Marktformen mithin oligopolistische und monopolistische Strukturen annehmen. Konzentrationsprozesse können dabei sowohl den Wettbewerb auf dem Absatzmarkt, nämlich in Form des sogenannten „target pricing“, als auch auf den Bezugsmärkten, nämlich über Preissetzungsmacht für Vorleistungen, verringern und fehlerhafte Wirtschaftsstrukturen entstehen lassen. In der Praxis lassen sich als äußere Form von Marktmacht und Konzentration Kartelle (insbesondere Frühstücks- oder Konditionenkartelle) beobachten sowie konzertiertes, gelegentlich auf Verbandsempfehlungen beruhendes Preisverhalten. Der Marktzugang von Außenseitern wird dadurch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Da das tatsächliche Preisverhalten marktmächtiger Unternehmen zeigt, daß die marktwirtschaftliche Ordnung um so eher gestört wird, je größer der Vermachtungsgrad der Wirtschaft ist, muß es

Die Konzentrationsbedingte Beeinträchtigung der marktwirtschaftlichen Ordnung ist jedoch nur eine Art „erste Stufe“. Die für die praktische Wirtschaftspolitik beachtlichen Probleme ergeben sich daraus, inwieweit die Ziele dieser Politik – jeweils einzeln, aber auch in ihrer Gesamtheit – tangiert werden. Positiv sind Konzentrationsvorgänge zu sehen, wenn sie der Realisierbarkeit der wirtschaftspolitischen Ziele förderlich sind, negativ dagegen, wenn sie abträglich wirken.

Negative Preisniveaueffekte

Einmütig kommen Wissenschaft und praktische Erfahrung zu der Ansicht, daß Konzentrationsvorgänge der Stabilität des Preisniveaus abträglich sind. Es ist nämlich nicht nachzuweisen, daß konzentrierte Unternehmen ihre höheren Produktivitätsfortschritte infolge der Kostendegression bzw. von „economies of scale“ auch williger in Preisenkungen weitergeben. Im Gegenteil, ihre gute Marktposition erlaubt es, eine Preispolitik im Sinne des „target pricing“ zu betreiben, gegenüber Lohnforderungen nachgiebiger zu sein, was sich dann über den gesamtwirtschaftlichen Lohnanpassungsprozeß negativ auf die künftige Preisbildung auswirken kann. Schließlich mangelt es an Sanktionen für übermäßige Preisforderungen: Die Preise sind auch in der Rezession nach unten praktisch starr, und anstatt eine Einengung der Gewinnmargen zuzulassen, ziehen es Großunternehmen vor, trotz Absatzrückgängen die Preise unter Zuhilfenahme von Kostenargumenten zu erhöhen¹⁰⁾.

Recht deutliche Ausführungen hierzu hat der Sachverständigenrat gemacht und ist dabei für Abschwung und Boom zu nahezu gleichen Ergebnissen gekommen: „Schon in einer geschlossenen Wirtschaft gilt: Wer Marktmacht hat, kann sich inflatorisch und damit gleichgewichtsstörend verhalten, ohne damit rechnen zu müssen, daß der Markt ihn mit entsprechenden Sanktionen zum Rückzug zwingt.“¹¹⁾ „Je stärker die Marktmacht auf den Güter- und Faktormärkten wirkt, desto länger können die Preise auf diesen Märkten den konjunkturell oder strukturell bedingten Verschiebungen der Güterknappheit widerstehen, desto mehr ist also die rasche Anpassungsfähigkeit des Preissystems bedroht. Um so stärker müssen Mengenreaktionen die Anpassung an veränderte

⁸⁾ Vgl. Hartwig Bartling: Wirtschaftliche Macht unter wettbewerbspolitischem Aspekt, Berlin 1971, S. 109 ff.; Theodor Wessels: Zur volkswirtschaftlichen Problematik der Unternehmenskonzentration und der Fusion von Unternehmen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 184 (1970), S. 360 ff.; J. Heinz Müller: Konzentration und Wettbewerb, in: Die Konzentration in der Wirtschaft (Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 22), Berlin 1961.

⁹⁾ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1971/72, Ziff. 377.

¹⁰⁾ Vgl. auch die Ausführungen im Kartellbericht 1974 (BT-Drucksache 7/3791), S. 29/30, die auf eine überwiegend positive Korrelation zwischen Konzentration und Preisbewegung hinweisen.

¹¹⁾ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1966/67, Ziff. 205.

Marktbedingungen übernehmen. Konjunkturpolitik wird dadurch schwieriger.“¹²⁾

Stabilisierung des Beschäftigungsstandes

Konzentration dürfte die Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes tendenziell mehr erleichtern als erschweren. Erleichternde Einflüsse resultieren daraus, daß vor allem innerhalb horizontal konzentrierter Unternehmen ein Beschäftigungsausgleich über die Branchen hinweg möglich ist und daß bei vertikal konzentrierten Unternehmen über Vorleistungsbezüge ebenfalls der Beschäftigungsgrad in nachgelagerten Konzernunternehmen größer sein kann, als er es ohne Konzentration wäre. Mithin dürfte es in konzentrierten Branchen – von starken Konjunkturreinbrüchen abgesehen – eher zu einer zahlenmäßigen Stabilisierung der Belegschaften kommen, d. h. die Konzentration erscheint geeignet, dem zyklischen Abbau und Aufstocken von Belegschaften engere Grenzen zu setzen. Außerdem könnten die Arbeitsbedingungen in konzentrierten Unternehmen einkommensmäßig attraktiver sein – doch dies müßte erst durch eine überdurchschnittliche Lohndrift in konzentrierten Branchen nachgewiesen werden.

Der geringeren zyklischen Empfindlichkeit steht allerdings entgegen, daß der hohe Produktivitätsfortschritt in konzentrierten Sektoren eine Rationalisierungs-Arbeitslosigkeit schafft, die sich in einem verminderten Einsatz von Arbeit und hohen Kapitalintensitäten niederschlägt. Strukturell gesehen wird also durch den Übergang zu wenig arbeitsintensiven Produktionen – in konzentrierten Bereichen herrscht eine kapitalintensive Produktion vor – die Vollbeschäftigung gefährdet, obwohl das steigende Volumen der in kapitalintensiven Unternehmen erzeugten Güter einen absolut wachsenden Arbeitskräftebedarf hervorrufen kann. Schließlich bleibt zu erwägen, daß die größere Sicherheit (und wohl auch Beständigkeit) des Investitionsprozesses bei konzentrierten Unternehmen dem Beschäftigungsgrad langfristig zuzugute kommt¹³⁾.

Im übrigen ist die Vorstellung, Konzentrationsvorgänge gäbe es nur im Bereich der Industrie, des Bergbaus oder der Energieversorgung, unzulänglich. Auch im Dienstleistungssektor treten Konzentrationsvorgänge auf, ohne daß sich wegen der Besonderheiten des tertiären Sektors gewichtige personelle Einsparungsmöglichkeiten ergäben.

Die Konzentration beeinträchtigt die Erreichung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wenn ein Land Leistungsbilanzdefizite hat. Denn ab-

trägliche Wirkungen auf Wettbewerb und Preisstabilität sowie eher positive Wirkungen auf die Beschäftigung sind Einflüsse, die insbesondere auf eine Passivierung der Leistungsbilanz hinauslaufen, weil sie einerseits den Export erschweren, andererseits aber den Import beflügeln können. Solche Tendenzen lassen sich für ein Überschußland wie die Bundesrepublik aber als positiv deuten, denn sie würden den Außenbeitrag ermäßigen und damit die Inlandsverfügbarkeit an Gütern und Leistungen erhöhen. Freilich zählen die konzentrierten Unternehmen vermutlich – branchenbedingt – zu den außenhandelsintensiven Unternehmen. Deshalb ist bei zunehmender Konzentration mit einer wachsenden Außenverflechtung zu rechnen. Diese wiederum bringt diejenigen Konzentrationswirkungen stärker zur Geltung, die sich in einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit (wie die Preise) niederschlagen oder zu höheren Importen (wie die Beschäftigung) führen.

Die ungünstigen Wirkungen der Konzentration auf die Wettbewerbsfähigkeit werden jedoch um so bedeutungsloser, je weniger preiselastisch die Auslandsnachfrage ist. Vorstellbar ist durchaus, daß die technische Leistungsfähigkeit konzentrierter Betriebe den Auslandsabsatz derart beflügelt, daß bereits vorhandene Überschüsse noch zunehmen. Ein anderer Gedanke läuft hingegen darauf hinaus, daß manches konzentrierte, außenhandelsintensive Unternehmen dazu neigen könnte, ausländische Produktionsstätten zu errichten, wodurch Exporte aus inländischen Produktionsstätten durch solche aus ausländischen Fabriken ersetzt werden. Die überschüssige Leistungsbilanz wird dadurch tendenziell abgebaut.

Im Bereich der „unsichtbaren Transaktionen“ der Zahlungsbilanz fällt es schwer, einheitliche Tendenzen herauszuarbeiten. Leistungsfähige Schiffsflotten erhöhen die Einnahmen aus Transporten; große Reiseveranstalter reizen dagegen – über Werbefeldzüge etwa – zu verstärkter Auslandsreisetätigkeit mit höheren Ausgaben an. Die größere Beschäftigung in konzentrierten Branchen zieht mehr Gastarbeiter ins Land; ihr Transfer nimmt zu, etc. Per Saldo, so scheint es, überwiegen die passivierenden Einflüsse. Für ein Land mit Zahlungsbilanzproblemen hätte dies also negative Folgen, für den umgekehrten Fall beständiger Überschüsse läge die Folge in einer zu begrüßenden Milderung der Aktivsaldo.

Steigerung des Wirtschaftswachstums

Konzentration im Unternehmensbereich steigert vermutlich die Wachstumchancen der Gesamtwirtschaft. Hauptquelle hierfür sind der raschere Produktivitätsfortschritt, die überdurchschnittliche Investitionsquote, die Tätigkeit auf dem rasch

¹²⁾ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1972/73, Ziff. 468.

¹³⁾ Vgl. Hartwig Bartling, a. a. O., S. 118 ff.

expandierenden Weltmarkt. Dies führt auch zu einem größeren Produktionspotential – um wieviel es höher ist als in einer Wirtschaft mit geringer Konzentration, hängt u. a. von der spezifischen Investitionsstruktur ab (Rationalisierungs-, Erweiterungs-, Ersatzinvestitionen, Forschung und Entwicklung, Bauten). Da die Investitionsanstrengungen konzentrierter Unternehmen bedeutend sind, stehen sie auch mehr als andere Unternehmen vor dem Problem, die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen. Gerade dies ist aber solchen Unternehmen dank ihrer vertikalen, horizontalen oder konglomeraten Konzentration auch eher möglich.

Seitdem jedoch quantitativ orientierte Wachstumsvorstellungen aus Gründen der Umweltbelastung, der Rohstofferschöpfung und regionaler Ballungsprobleme zunehmend kritisch gesehen werden, muß die Frage weiter gefaßt werden: Soweit die konzentrierten Sektoren zu denjenigen gehören, die auch in überdurchschnittlichem Maße externe, im Marktpreis der Produkte nicht abgeglichene Effekte hervorrufen, müssen die Wachstumswirkungen der Konzentration negativ beurteilt werden. Es fehlt jedoch noch an Datenmaterial zur Erhärtung einer solchen These.

Verringerung der Verteilungsgerechtigkeit

Auf die funktionale Einkommensverteilung wirkt die Konzentration negativ. Dieses Urteil leitet sich hauptsächlich aus den Stabilitätswirkungen der Konzentration ab; konzentrierte Unternehmen erzielen – was stellenweise bestritten wird – eine „Monopolrente“, die sie wegen ihrer gegebenen und genutzten Marktmacht auch dann verteidigen können, wenn sie – z. B. durch gewerkschaftliche Lohnforderungen oder durch Maßnahmen der Konjunkturpolitik – reduziert werden soll. Die Verteilungsresistenz konzentrierter Unternehmen wächst, wenn das Risiko starker Nachfrageeinbrüche (Stabilisierungskrise), vor allem in weltweitem Maße, gering eingeschätzt wird. Der geringere Fremdfinanzierungsanteil für Investitionen in konzentrierten Unternehmen (hierauf lassen Daten aus der Statistik der Deutschen Bundesbank über Unternehmensbilanzen schließen¹⁴⁾) resultiert daraus, daß auch das Ertragsniveau überdurchschnittlich hoch ist: Die konjunkturelle Anfälligkeit konzentrierter Unternehmen ist geringer. Nicht zuletzt deshalb ist die durch vermachtete Unternehmen erzeugte Verteilungsstruktur aus zwei Gründen nicht optimal:

Produktivitätsvorteile wachsen relativ einseitig dem Faktor Kapital zu;

Marktmacht erlaubt es den Unternehmen, ihre Verteilungsposition um den Preis einer inflatorischen Entwicklung oder der Arbeitslosigkeit zu verteidigen.

Dieser Ansicht scheint die Tatsache zu widersprechen, daß trotz fortschreitender Unternehmenskonzentration die Lohnquote in den letzten Jahren außerordentlich gestiegen ist. Dies besagt jedoch wenig darüber, wo die Lohnquote ohne Konzentrationstendenzen gelegen hätte.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die Unternehmenskonzentration die Realisierbarkeit wichtiger wirtschaftspolitischer Ziele, insbesondere die Preisstabilität und die Verteilungsgerechtigkeit, erschwert. Positive Auswirkungen auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und – vermutlich – das Wachstum wiegen dies nicht auf.

Die Unternehmenskonzentration erschwert den Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente, weil eine konzentrierte Wirtschaft „unlenkbarer“ und zunehmend zu einem Prozeß ohne Sanktionsmöglichkeiten wird. Wenn nämlich wachsende Marktmacht die Realisierbarkeit wichtiger wirtschaftspolitischer Ziele behindert, dann müssen die Instrumente der Wirtschaftspolitik um so kräftiger und nachhaltiger eingesetzt werden, um die Zielvorgaben dennoch zu erreichen. Massive konjunkturpolitische Eingriffe bergen aber stets die Gefahr der Übersteuerung in sich, so daß sie nicht unbedenklich sind. Ist jedoch die Verstetigung des Wirtschaftsablaufs bei bestimmten Werten von Zielgrößen Aufgabe der Konjunkturpolitik, dann wirkt die Konzentration auf dieses Ziel vermutlich positiv, weil sie zu einer größeren Starrheit von Preisen, Beschäftigung und Strukturen führt.

Behinderung der Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik, die durch mannigfaltige Ausnahmeregelungen und ein veraltetes Umsatzsteuersystem die Unternehmenskonzentration bis 1967 förderte und nicht bremste, wird als wirtschaftspolitisches Instrument durch die Konzentration nicht unerheblich behindert¹⁵⁾. Denn die Unternehmenskonzentration beeinflusst den konjunkturellen Einsatz der Fiskalpolitik bei der Einnahmeerzielung und bei der staatlichen Ausgabe-tätigkeit für öffentliche Investitionen, Sozialleistungen und den Staatsverbrauch negativ. Konzentrierter Unternehmen fällt es leichter, alle Steuervorteile (z. B. Abschreibungsmöglichkeiten, Investitionszulagen, Subventionen für Regionalförderung, Struktur- und Anpassungshilfen) in Anspruch zu nehmen. Außerdem dürfte die Steuerflucht ins Ausland leichter und damit der fiskalische Zugriff auf un-

¹⁴⁾ Vgl. Jahresabschlüsse der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland 1965 bis 1972 (Sonderdruck der Deutschen Bundesbank); Ifo-Institut: Daten zur Industriestruktur.

¹⁵⁾ Vgl. Heinz Haller: Konzentration und Finanzpolitik, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, a. a. O., S. 288 ff., insbes. S. 296 ff.

gewöhnliche Gewinne schwerer sein. Steuerumgehungen dürften durch eine vorteilhafte Wahl von Unternehmensformen, Rechtstatbeständen etc., durch Bewertungen in der Bilanz und durch konzerninterne Gewinnverlagerungen mittels einer geschickten Preispolitik gegenüber Tochterfirmen eher möglich sein. Und konjunkturpolitisch motivierte Aussetzungen der degressiven Abschreibung, Zuschläge zu Einkommen- und Körperschaftsteuern und Investitionsabgaben lassen sich vermutlich leichter im Preis überwälzen, als das bei nicht konzentrierten Unternehmen der Fall wäre.

Die Steuerschraube kann deshalb nicht so weit angezogen werden, wie es konjunkturpolitisch erforderlich wäre, weil hierdurch die Leistungsanreize für die Investitionstätigkeit, die bei kapitalintensiven Produktionstechniken von besonderer Bedeutung ist, gefährdet würden. Überdies ist zu bedenken, daß die Weiterwälzung einer konjunkturell variierten Besteuerung in konzentrierten Bereichen mit Marktmacht eher und vollständiger gelingen mag als in jenen Sektoren, in denen der Wettbewerb funktioniert. Der erfolgreiche Einsatz der Fiskalpolitik wird nicht zuletzt dadurch gehemmt, daß von den drei Ebenen der Steuer- einnehmer – Bund, Länder und Gemeinden – im

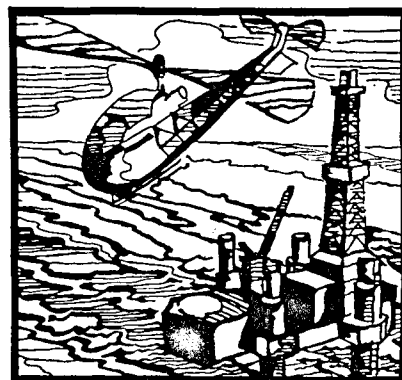
wesentlichen nur der Bund eine konjunkturpolitisch orientierte Einnahmepolitik betreiben kann und damit wichtige Steuerbereiche keine bewußte wirtschaftspolitische Variation kennen.

Soweit die Fiskalpolitik über eine Änderung der Staatsausgaben erfolgt, zeigt sich, daß bei Ausgabe- oder Subventionskürzungen die konzentrierten Bereiche vermutlich unterproportional getroffen werden. Sie haben die Möglichkeit, ins Ausland auszuweichen oder – bei konglomerater Konzentration – in andere Absatzbereiche. Die Konjunkturpolitik des Staates tangiert außerdem, wie die Programme der Jahre 1974 und 1975 zur lokalen und regionalen Abstützung der Konjunktur und zur Belebung von Bau- und anderen Investitionen zeigen, die Bauwirtschaft, einen wenig konzentrierten Bereich, besonders stark. Auch ein fiskal-geldpolitischer Doppelangriff über die Stilllegung von Steuererhöhungen und konjunkturpolitisch motivierten Sondersteuern bei der Bundesbank berührt hochkonzentrierte Bereiche in ihrem marktstrategischen Verhalten relativ weniger, weil die Überwälzungsmöglichkeiten größer sind, der Außenfinanzierungsbedarf geringer und das gesamte unternehmerische Geschehen Teil eines weltweiten Verbundes ist (multinationale Unternehmen).

Öl und Gas - wir denken an morgen.

Daß Öl und Gas zu den wichtigsten Grundlagen unserer Zivilisation gehören, ist eine Tatsache. Nicht erst seit der Ölkrise wissen wir, daß die Verfügbarkeit über Energie nichts Selbstverständliches ist. Mobil tut sehr viel, um die Versorgung unseres Landes aus eigenen Vorkommen zu verbessern. Seit 40 Jahren suchen und finden wir in der Bundesrepublik Deutschland Öl und Gas. Und wir glauben, daß diese Suche auch in Zukunft erfolgreich sein wird, und daß sich die Ausbeute in den

bereits gefundenen Feldern verbessern läßt: Von den vorhandenen Ölmengen unserer Felder in Deutschland lassen sich zunächst nur etwa 25% fördern. Diese Quote durch chemische und physikalische Verfahren zu steigern, hat Mobil sich zur Aufgabe gemacht. Es ist eines unserer wichtigsten Forschungsprogramme auf dem Gebiet der Suche und Förderung von Energierohstoffen. Damit wir auch morgen genügend Energie haben.



Mobil

Generell läßt sich sagen, daß eine konjunkturorientierte Fiskalpolitik durch die fortschreitende Unternehmenskonzentration in ihrer Wirkung behindert wird,

- weil die konzentrierten Unternehmen vermutlich bessere Möglichkeiten haben, einer konjunkturpolitisch motivierten Ausgabendrosselung auszuweichen oder
- eine Mehrbesteuerung zu überwälzen und
- fiskalpolitische Lockerungsmaßnahmen (Sonderabschreibungen, Staatsaufträge) eher in Anspruch zu nehmen wissen.

Ungünstigere geldpolitische Bedingungen

Die Konjunkturbeeinflussung durch die Geldpolitik bedient sich der Geldmenge, des Zinses und der Liquidität. Eine restriktive Geldpolitik, deren Ziel es ist, die Konjunktur auf den Pfad einer stetigen Entwicklung zurückzubringen, findet dafür in konzentrierten Wirtschaftsbereichen ungünstigere Bedingungen vor als in wettbewerbsintensiven Bereichen. Ähnliches gilt offenbar, wenn man sich den gegenwärtigen Abschwung vor Augen hält, auch für eine expansive Geldpolitik. Einmal dürfte die Zinsempfindlichkeit der Marktmächtigen wegen ihrer höheren Eigenkapitalquote etwas geringer als in sonstigen Unternehmen sein. Zum zweiten sind Großunternehmen weniger

vom Kreditangebot der Banken abhängig, weil ihr Kreditbedarf geringer ist oder – solange keine entsprechenden Beschränkungen vorliegen – weil sie Kredite im Ausland aufnehmen können. Die Einführung des Bardepots (zwischen März 1972 und September 1974) ist übrigens ein Beispiel dafür, wie stark durch eine nur geringe Zahl von Firmen (lediglich etwa 3500 Unternehmen hatten seinerzeit Auslandskredite aufgenommen) die Geldpolitik ihrer Wirksamkeit beraubt werden kann. Schließlich ist zu bemerken, daß der Liquiditätsbedarf konzentrierter Unternehmen im Wege des sogenannten „Industrie-clearing“ reduziert werden kann, wodurch die Abhängigkeit von der Geldpolitik abermals verringert wird. Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, welche Folgen die Unternehmenskonzentration für die Reagibilität auf Maßnahmen der Kreditpolitik im Nichtbankenbereich hat. Die Konzentration im Bankenbereich selbst erschwert die verstetigende Geldpolitik natürlich noch unmittelbarer, und zwar u. a. deshalb, weil die Giralgeldabschöpfungskapazität als Folge eines geringeren Zentralbankgeldbedarfs steigt.

Wirtschaftspolitische Gesamtbeurteilung

Wägt man die positiven und die negativen, die sicheren und die behaupteten Einflüsse miteinander ab, so wird eine *verstetigende* Wirtschaftspolitik durch die Unternehmenskonzentration eher behindert. Jedenfalls lassen sich Anhaltspunkte dafür finden, daß einmal der ordnungspolitische Rahmen, die Marktwirtschaft, gestört wird; zum anderen leidet die Realisierbarkeit wirtschaftspolitischer Ziele. Mit einiger Sicherheit kann dies für die Preisniveaustabilität und die Verteilungsgerechtigkeit gesagt werden, mit weniger Sicherheit für die anderen Ziele. Drittens schließlich büßen die wirtschaftspolitischen Instrumente – sowohl die der Fiskalpolitik als auch die der Geldpolitik – durch die Konzentration an Wirksamkeit wohl ein. Wie weit das der Fall ist, hat sich aber, von Ausnahmen abgesehen, aus Mangel an empirischen Daten bisher nicht belegen lassen.

Die wirtschaftspolitisch orientierte Behandlung von Konzentrationstendenzen birgt noch eine Reihe weiterer Fragestellungen, so etwa die Frage, inwieweit die Konzentration die *gleichzeitige* Realisierung wirtschaftspolitischer Ziele erschwert. Ein Beispiel für die Relevanz solcher Fragen wäre die Phillips-Kurve: Höhere Konzentrationsgrade bewirken vermutlich eine Rechtsverschiebung oder eine Drehung der Phillips-Kurve, die dadurch steiler verläuft: bei gleicher Inflationsrate und verstetigender Wirtschaftspolitik müßte mit wachsender Konzentration – zumindest kurzfristig – eine höhere Arbeitslosigkeit toleriert werden.

Steuer-Tips kosten wenig,
sparen viel!



3 Kunststoff-Ordner, 2.000 Seiten in 30-teiligem Systemregister.

Damit sparen Sie viel Zeit: Sie brauchen in Zukunft nur noch unter dem entsprechenden Stichwort nachzulesen und haben sofort die gewünschte Auskunft!

Damit sparen Sie viel Geld: Für nur DM 29,50 (incl. Versand, zzgl. MwSt.) erhalten Sie wertvolle Tipps, wie Sie alle legalen Steuervorteile ausnutzen!

Bestellen Sie unverbindlich für 14 Tage zur Ansicht oder fordern Sie kostenlos Informationsmaterial an!

VERLAG WIRTSCHAFTS- UND STEUER-HEFTE
638 BAD HOMBURG V.D.H. 1, PROMENADE 87